



Niederschrift

13. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit

Sitzungstermin: Dienstag, 26.10.2021
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 19:47 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Oliver Stiffel AfD Sitzungsleitung

Ausschussmitglieder

Frau Heiderose Gerber DIE aNDERE
Herr Karsten Dornhöfer SPD
Herr Leon Troche SPD bis 19:15 Uhr
Herr Fabian Twerdy Bündnis 90/Die Grünen
Frau Jana Schulze DIE LINKE
Herr Lars Eichert CDU

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Jens Dörschel Bündnis 90/Die Grünen

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Phil. Wolfgang Geist CDU
Herr Helmut Lange Freie Demokraten
Herr Peter Roggenbuck Bürgerbündnis

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Mechthild Rüniger Bündnis 90/Die Grünen entschuldigt
Herr Ralf Jäkel DIE LINKE entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Tamás Blénessy DIE aNDERE nicht entschuldigt
Herr Lars Gindele Bündnis 90/Die Grünen nicht entschuldigt
Herr Tino Henning DIE LINKE nicht entschuldigt

Beigeordnete

Frau Brigitte Meier Geschäftsbereich 3 entschuldigt

Gäste:

Frau Karin Grochowski	Fachbereich Ordnung und Sicherheit
Frau Birgit Wiedemann	Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung
Herr Ralf Krawinkel	Fachbereich Feuerwehr
Herr Jan Lesniak	Bereich Grünflächen
Herr Frank Spade	Seniorenbeirat
Frau Martina Spyra	Schriftführerin

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung
- 3 Bericht über die Abfallentsorgung und -verwertung in der Landeshauptstadt
Potsdam
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 4.1 Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe
herstellen
Vorlage: 21/SVV/0856
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- Wiedervorlage -
- 4.2 Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld
Vorlage: 21/SVV/0896
Fraktion Freie Demokraten
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Notfallversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam
- 6 Sonstiges

Niederschrift:**Öffentlicher Teil****zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn
Oliver Stiffel.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2021 / Feststellung der
öffentlichen Tagesordnung**

Herr Stiffel stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 8 von 9 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist die Beschlussfähigkeit des Ausschusses gegeben.

Herr Stiffel stellt die Niederschrift zur Sitzung vom 14.09.2021 zur Abstimmung. Die Niederschrift wird einstimmig **bestätigt**.

Anschließend bittet Herr Stiffel um Abstimmung über die Tagesordnung. Herr Eichert weist darauf hin, dass er die neue Fassung der DS 21/SVV/0856 im Ratsinformationssystem nicht öffnen kann und fragt, ob diese identisch mit der ausgereichten Tischvorlage ist. Dies wird so bestätigt.

Herr Stiffel teilt mit, dass die Verwaltung im TOP 5 „Mitteilungen der Verwaltung“ über die Notfallversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam berichten wird. Er bittet um Abstimmung über die so ergänzte Tagesordnung. Die Tagesordnung wird einstimmig **bestätigt**.

zu 3 Bericht über die Abfallentsorgung und -verwertung in der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Wiedemann (Bereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, Abfallentsorgung) gibt anhand einer Präsentation einen Überblick über die Arbeit des Öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers und hier insbesondere über die Entsorgung und Verwertung der Abfälle in der Landeshauptstadt Potsdam. Dabei weist sie darauf hin, dass jährlich zum 01.04. eine Abfallbilanz erstellt und an das Landesamt für Umwelt übermittelt wird. Sie gibt einen Überblick über das Abfallaufkommen in der LHP im Jahr 2020 und verweist dann auf die anstehende Neuausschreibung der Restabfallentsorgung im Jahr 2023 zum 01.01.2024 sowie für die Bioabfallverwertung.

Herr Eichert verweist auf die entstehenden Kosten, die in der Präsentation nicht dargestellt wurden und fragt, was unternommen wird, um die Kosten für die Bürger zu senken. Daraufhin erklärt Frau Wiedemann, dass für die Entsorgung der Restabfälle 96 Euro pro Tonne plus Transport durch die STEP gezahlt werden. Herr Eichert bittet um eine Darstellung der Kosten aller Angebote. Frau Wiedemann erklärt, dass rechtlich zu prüfen sei, ob eine solche Übersicht zur Verfügung gestellt werden dürfe (gerne auch weglassen).

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) weist darauf hin, dass ein Ausschreibungsverfahren ein transparentes Verfahren sein muss, dass aber auch gerichtsfest ist. Die Berechnung der Gebühren setzt sich aus mehreren Positionen zusammen. Der Auftrag für die heutige Darstellung war aufzuzeigen, wo die Abfälle hingehen und wie diese verwertet werden. Herr Eichert bittet, dies dann entsprechend in der Abfallgebührensatzung darzustellen.

Herr Dornhöfer spricht die Transportkosten an und fragt, ob diese als Faktor in die Vergabe mit einfließen. Des Weiteren fragt er nach der Relation der Transportkosten zur den Verwertungskosten. Dazu führt Frau Wiedemann aus, dass grundsätzlich das wirtschaftlichste Angebot ermittelt werden muss. Die STEP-Kosten für den Transport werden in den Ausschreibungsunterlagen in Entfernungskorridoren ausgewiesen und fließen in die Gesamtwertung ein. Das wirtschaftlichste Angebot setzt sich insofern aus dem Verwertungspreis und dem Transportpreis der STEP zusammen.

Herr Dörschel erinnert an die Aussage von Frau Meier in der letzten Sitzung des OS-Ausschusses, dass im Hauptausschuss über die Ausschreibungsverfahren berichtet wurde. Dazu konnte er keine Informationen finden. Er bittet, wenn die Abfallbilanz jährlich erstellt und an das Landesamt für Umwelt übermittelt wird, diese auch dem Ausschuss für Ordnung und Sicherheit vorzustellen.

Frau Wiedemann erklärt, dass die Abfallbilanz sehr detailliert an das Landesamt übermittelt wird. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den statistischen Jahresbericht, in dem die Zahlen ebenfalls dargestellt sind. Sie bietet an zu prüfen, wie eine jährliche Berichterstattung zu den Hauptabfallgruppen zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Eichert betont, dass auch der Kostenrahmen betrachtet werden müsse, was getan wird, die Leistung so günstig wie möglich für die Bürger zu gestalten. Frau Wiedemann weist darauf hin, dass über eine europaweite Ausschreibung bereits der bestmögliche Preis am Markt erzielt wurde.

Herr Spade (Seniorenbeirat) fragt nach dem Umgang mit alten Elektrogeräten, die in Elektromärkten abgegeben werden und fragt, ob die Möglichkeit bestehe, dass funktionstüchtige Geräte aufbereitet und durch den Seniorenbeirat an Bedürftige abgegeben werden können. Frau Wiedemann verweist hier auf den Geben und Nehmen Markt, der auf nicht kommerzieller Ebene agiert. Dieser findet zweimal jährlich „live“ im Stadtgebiet statt und täglich als Online-Variante über die Internetseite der Stadt. Daneben gibt es verschiedene Akteure in der Stadt, die Mobiliar und Kleidung entgegennehmen und an Bedürftige weitergeben. Die Überprüfung von Geräten auf Funktionsfähigkeiten übersteigt die Kapazitäten bei der Annahme am Wertstoffhof bzw. der Sammlung.

Herr Dörschel spricht die Verwertungsquoten an und macht deutlich, dass die bundesweite Quote durch die einzelnen Kommunen, also auch die LHP zu erzielen ist. Hier sollte ein Maßnahmenplan erarbeitet werden, wie diese Quote zu erreichen ist. Frau Wiedemann erläutert, dass es mit Überarbeitung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im Oktober 2020 eine Umstellung der Verwertungsquoten gegeben hat und bietet an, die Änderungen auf einem Blatt darzustellen und als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen. Die Präsentation wird ebenfalls als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung gestellt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Transparenz über die Abfallentsorgung für Potsdamer Abfälle und Wertstoffe herstellen

Vorlage: 21/SVV/0856

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

- Wiedervorlage -

Herr Dörschel verweist auf die Einbringung und Beratung zur Drucksache in der letzten Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Sicherheit. Die vorliegende neue Fassung ist das Ergebnis der Diskussion.

Frau Grochowski (Fachbereich Ordnung und Sicherheit) verweist auf die begrenzten Personalressourcen der Verwaltung. Sie macht deutlich, dass die Verwaltung bemüht ist, die Stadtverordneten gut zu informieren, andererseits aber auch die Tagesaufgaben zu erledigen sind. Sie bietet an, die jährliche Berichterstattung mit minimalem Aufwand aufzubereiten und vorzustellen.

Frau Schulze bekräftigt die Aussage von Frau Grochowski und macht darauf aufmerksam, dass sich die Fraktionen aufgrund der Kurzfristigkeit der neuen Fassung nicht mit dieser befassen konnten. Sie macht auch deutlich, dass eine jährliche Berichterstattung auch ohne Antrag erfolgen kann. Daher bittet sie die antragstellende Fraktion zu überlegen, ob dieser Antrag wirklich in dem Umfang umgesetzt werden soll. Sie kann den Antrag so nicht unterstützen. Daraufhin schlägt Herr Dörschel vor, den Antrag zurückzustellen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Herr Stiffel um Abstimmung über die Zurückstellung der Drucksache.

Abstimmungsergebnis:

Mit 8 Zustimmungen einstimmig angenommen.

zu 4.2 Verbesserung des Umfeldes im Kirchsteigfeld

Vorlage: 21/SVV/0896

Fraktion Freie Demokraten

Herr Lange bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Lesniak (Bereich Grünflächen) teilt mit, dass die Verwaltung den Antrag als Prüfauftrag annimmt und gern im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität und ggf. im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit berichten würde.

Frau Schulze fragt, ob sich die Bewohner insbesondere das Stadtteilinitiative des Kirschsteigfeldes mit den genannten Problemen an die Verwaltung gewandt hat. Sie macht deutlich, dass sich die Situationen seit 2009 nicht gebessert hat. Sie macht auch deutlich, dass es bereits regelmäßige Berichte im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zur Verkehrssituation gibt. Dazu erklärt Herr Lesniak, dass die dargestellten Probleme in Teilen bekannt sind und die Verwaltung sich damit bereits beschäftigt. Es wurde auch bereits begonnen, die Informationen zusammengetragen.

Frau Schulze bittet darum, die Kontakt zur Stadtteilinitiative aufzunehmen.

Herr Lange spricht sich dafür aus, dass über das Prüfergebnis im Ausschuss für Ordnung und Sicherheit berichtet wird.

Frau Schulze beantragt, im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität zu berichten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen bittet Herr Stiffel zunächst um Abstimmung über die Änderung des vorliegenden Antrages dahingehend, dass das Ergebnis **dem Ausschuss für Ordnung und Sicherheit** bis Ende Q4 2021 vorgestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mit 1 Zustimmung und 7 Ablehnungen wird die **Änderung abgelehnt**.

Anschließend bittet Herr Stiffel um Abstimmung über die Änderung des vorliegenden Antrages dahingehend, dass das Ergebnis **dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität** bis Ende Q4 2021 vorgestellt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Ablehnung wird die **Änderung angenommen**.

Herr Stiffel stellt nun die so geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Ordnung und Sicherheit empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, mit welchen Maßnahmen um die Aufenthaltsqualität und das Umfeld des Kirchsteigfeldverbessert werden kann.

Diese Punkte sollen einbezogen werden:

Grundreinigung und Herstellung für eine dauerhafte Erhaltung des Hirtengrabens/ Teich und der angrenzenden Flächen(z.B. Steinbänke entlang des Hirtengrabens):

Der durch das Wohngebiet laufenden Hirtengraben trocknet seit Jahren aus. Dieses Mini Ökosystem ist extrem gestört. Nach Regenfällen füllt sich dieser, allerdings ist es kein fließendes Gewässer (mehr). Dadurch entstehen teils üble Gerüche. Für dort lebende Tiere ist dies ebenso kein geeigneter Lebensraum. In die Prüfung einzubeziehen sind die Ergebnisse der Zusatzinformation zur Drucksache 09/SVV/0905 (Antwort_2.pdf (potsdam.de))

Prüfung von Einbahnstraßen: Die Verkehrsströme seit Planung des Kirchsteigfeldes haben sich mit jeder Erweiterung verändert. Die teils zu engen Straßen führen bei Gegenverkehr immer wieder zu brenzligen Situationen und abgefahrenen Spiegeln auch an parkenden Autos, z.B. in der Dorothea-Schneider-Straße. Durch ggf. Einbahnstraßen lässt sich die Situation (vor allem in Kurven) deutlich entschärfen, auch für Fahrradfahrer.

Verbesserung der Aufenthaltsqualität an der Kirche / vor den Geschäften in der Anni-von-Gottberg-Straße: Neben generellen Vorschlägen soll auf eine Begrünungsmöglichkeit der Fläche z.B. vor den Geschäften und die Beseitigung der teils großen tiefen Löcher auf den Parkplätzen vor REWE eingegangen werden, auch wenn diese vor kurzem erst mit Sand aufgefüllt worden sind. Früher vorhandene Baumbestände sollten wieder neu gepflanzt werden. Zusätzlich ist zu prüfen, ob für mehr Sauberkeit ausreichend Mülleimer zur Verfügung stehen und ob eine Ausweitung sinnvoll ist.

Das Ergebnis soll der ~~Stadtverordnetenversammlung~~ dem Ausschuss für **Klima, Umwelt und Mobilität** bis Ende Q42021 vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mit 7 Zustimmungen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich **angenommen.**

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

zu 5.1 Notfallversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Krawinkel weist eingangs darauf hin, dass die Notfallversorgung angespannt aber jederzeit gesichert ist. Das bedeutet aber auch, dass u.a. die Versorgung von Patienten im Umland oder Berlin erfolgen muss, da die Krankenhauslandschaft aktuell anders aussieht als vor der Corona-Pandemie. Aufgrund der verschärften Hygienebestimmungen erfolgte eine Reduzierung der Bettenzahlen. Er weist darauf hin, dass die Berufsfeuerwehr zu 100 % den Notfallrettungsdienst für die Landeshauptstadt Potsdam leistet und stellt anschließend anhand einer Präsentation die Einsatzbelastung des Rettungsdienstes vor. Dabei geht er auch auf die steigende Zahl von Fehlfahrten und -einsätzen ein und gibt einen Überblick über die Patiententransporte in die Kliniken. Herr Krawinkel verweist auf die Abmeldungen der Notaufnahmen wegen der geringeren Kapazitäten aufgrund der verschärften Hygieneregeln und erhöhtem Patientenaufkommen.

Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass durch den Transport von Patienten in das Umland und Berlin, die Rettungswagen länger unterwegs sind und somit für weitere Einsätze erst später zur Verfügung stehen.

Frau Schulze fragt, ob es schon Aussagen zum Termin mit der MSGIV gibt. Herr Krawinkel antwortet, dass es einen Austausch mit dem Rettungsdienst Potsdam-Mittelmark gibt. Mit dem MSGIV ist vereinbart, Anfang Dezember 2021 eine weitere Beratung durchzuführen und die letzten Wochen auszuwerten.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Geist, was gegen die Fehlfahrten getan werden kann erklärt Herr Krawinkel, dass die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt wird, um zu erklären, wann welche Nummer zu wählen ist. Es wird auch Kontakt zur Kassenärztlichen Vereinigung aufgenommen sowie zu den Alten- und Pflegeheimen, um auch diese zu sensibilisieren, wofür der Rettungsdienst zuständig ist.

zu 6 Sonstiges

Herr Roggenbuck erinnert an seine Nachfrage zum neuem Standort für einen Wertstoffhof in der letzten Sitzung des OS-Ausschusses. Hier hatte Frau Meier eine Information zugesagt. Des Weiteren spricht er die Gelbe Tonne an und fragt, ob es von Seiten der LHP Bestrebungen gibt, die Gelben Säcke abzuschaffen und durch eine Gelbe Tonne zu ersetzen.

Herr Krawinkel teilt mit, dass ihm eine Zuarbeit zum Projekt Wertstoffhof vorliegt. Aufgrund personeller Engpässe kann dieses Projekt erst 2022 verstärkt bearbeitet werden.

In den bisherigen Überlegungen wurde bei einer Standplatzsuche für einen Wertstoffhof im Norden des Stadtgebietes davon ausgegangen, dass dieser mit einer weiteren Umschlagstation der STEP für Restabfälle errichtet wird. Im Ergebnis der Standplatzsuche wurden durch den Bereich Stadtentwicklung zwei Grundstücke am Standort im Friedrichspark favorisiert, die sich in Privateigentum befinden. Im Ergebnis einer noch durchzuführenden Machbarkeitsstudie für die Errichtung eines Wertstoffhofes unter den besten Voraussetzungen (Anschlussgrad, Erreichbarkeit etc.) soll 2022 eine Projektskizze unter Berücksichtigung folgender Eckdaten erarbeitet werden:

- Einzugsgebiet,
- Größe des WSH / Module
- Abfallarten und Art der Erfassung (Container, Schüttboxen etc.)
- Transportlogistik (Anlieferung PKW / Entsorgung LKW)
- Invest- und Betriebskosten
- genehmigungsrechtliche Voraussetzungen.

Da zur Frage bezüglich der Gelben Tonne keine Aussage getroffen werden kann, wird vorgeschlagen, dass dies im Rahmen der Erläuterungen zur Abfallgebührensatzung aufgenommen werden könne.

Nächste Sitzung des OS-Ausschusses: 23. November 2021, 18:00 Uhr

Oliver Stiffel
Ausschussvorsitzender

Martina Spyra
Schriftführerin